

nigfaltigkeit seiner Erzeugnisse und der sich daraus ergebenden Eigenart seines Betriebes höhere Portoausgaben hat als irgendein anderer Wirtschaftszweig. Für manche seiner Betriebe würde die geplante Portoerhöhung einer Verdoppelung der Umsatzsteuer gleichkommen. Man wird schwerlich Verständnis dafür aufbringen können, daß zwar seitens der Reichsregierung bei den Steuern Erleichterungen in Aussicht gestellt werden, gleichzeitig aber auf einem anderen Gebiet der staatlichen Verwaltung neue Belastungen herbeigeführt werden, für die eine unabwiesbare Notwendigkeit nicht vorliegt. Es muß von der Reichspostverwaltung erwartet werden, daß sie im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber der Volksgesamtheit Preiserhöhungen nicht in einem Zeitpunkte vornimmt, in dem die Bemühungen der gesamten Privatindustrie dahin gehen, unter erheblichen Opfern und Einschränkungen weitere Preissteigerungen zu vermeiden.

Die Hauptversammlung ersucht den Vorstand des Börsenvereins, mit allen Mitteln die auf eine Erhöhung der Postgebühren gerichteten Pläne zu bekämpfen.

## Anlage 3:

1. Die Hauptversammlung lehnt jeden Versuch, die Schutzfrist in Verbindung mit einem System der Zwangslizenz zu verlängern, nachdrücklich ab.
2. Die Hauptversammlung erklärt sich abermals für die Beibehaltung der 30jährigen Schutzfrist.
3. Die Hauptversammlung beauftragt den Vorstand, im Sinne dieser Entschlüsse zu handeln.
4. Die Hauptversammlung nimmt davon Kenntnis, daß die Mehrheit des Musikalienverlags und eine beachtliche Gruppe des schönwissenschaftlichen Verlags für die 50jährige Schutzfrist eintreten.

**Rantate 1927.**

Der außerordentlich starke Besuch der diesjährigen Hauptversammlung läßt bereits einen Schluß auf ihre Bedeutung zu. In der Tat wird sie wohl in der Geschichte des Buchhandels und seiner Spitzenorganisation als ein Markstein in Erinnerung bleiben. Die Ergebnisse und der wesentliche Verlauf sind aus dem amtlichen Protokoll zu ersehen. Hier können wir uns daher darauf beschränken, kurz auf die ergänzenden Zusammenhänge und Vorkommnisse hinzuweisen, wie sie sich dem unparteiischen Beobachter als ganz persönliche Eindrücke darstellen. Wir sehen dabei von allem anderen ab und wollen lediglich die auf die Gildeanträge bezüglichen Vorgänge, an denen wohl die nicht nach Leipzig gekommenen das größte Interesse nehmen dürften, behandeln.

Man wußte, daß sich in dieser Frage die Ansichten des Sortimentes und des Verlags in anscheinend unüberbrückbarem Gegensatz scharf gegenüberstanden. Die Hauptversammlung der Gilde sowohl wie die des Verlegervereins brachten zunächst nur noch einmal die Bestätigung dessen. Beide Versammlungen stellten sich einmütig hinter die Führer. Im Laufe des Sonnabends wurden dann aber doch noch Verhandlungen eingeleitet zu dem Zweck, wenn irgend möglich eine Verständigung herbeizuführen. Herr Ritschmann hatte in der Versammlung des Verbands der Kreis- und Ortsvereine die Bereitschaft der Gilde dazu bekanntgegeben, und Herr Dr. Kilpper ging auf die Anregung selbstverständlich sofort ein. Die Besprechungen zogen sich bis in die späten Nachtstunden hin, ein Beweis dafür, daß die Verhandlungen nicht leicht waren. Anfänglich schien es, als ob die Verständigung rascher und leichter als gedacht gelingen würde. Im weiteren Verlauf aber stellten sich entscheidende Schwierigkeiten heraus, sodaß schließlich die Verhandlungen als aussichtslos abgebrochen werden mußten. So ging man, ohne eine Einigung erreicht zu haben, am Sonntag in die Hauptversammlung. Unverkennbar lagerte über der Versammlung eine starke Spannung, was nun werden sollte. Unverkennbar blieb aber auch auf beiden Seiten der ernste Wille, jede irgendwie aussichtsreiche Möglichkeit einer Verständigung zu ergreifen, da man sich der großen Verantwortung unbedingt bewußt war. Zunächst spielten sich die Dinge dann aber noch so ab, wie sie nach den Beschlüssen der Versammlungen am Freitag festgelegt waren. Als die Anträge der Gilde in der Reihenfolge der Tagesordnung am Nachmittag zur Aussprache kommen sollten, verließ der Verlag nach einer kurzen Erklärung Herrn Dr. Kilppers den Saal, zum Zeichen, daß er sich an der Erörterung dieser Dinge nicht beteiligen könne. Das Sortiment tagte zunächst allein weiter, um zu zeigen, daß es auf keinen Fall seine Position unverteidigt zu räumen geneigt sei. Bis zu welcher Zuspitzung die Lage damit gekommen war, wurde am deutlichsten in den ersten Ausführungen, mit denen Herr Dr. Oldenbourg darauf hinwies, daß naturgemäß ohne Erzielung einer Verständigung den Verlegervertretern im Börsenvereinsvorstand jede Möglichkeit weiterer Mitarbeit genommen werden würde. Die Unterbrechung der Hauptversammlung in diesem kritischen Augenblick schuf dann aber noch einmal zu Verhandlungen in letzter Stunde Raum. Herr Dr. Oldenbourg betonte dabei immer wie-

der, daß sie nur dann Aussicht auf Erfolg hätten, wenn es dabei weder Sieger noch Besiegte gäbe. Es vereinfachte die Lage, daß die Gilde von vornherein den Antrag 9 der Tagesordnung fallen ließ, ebenso den Schlusssatz der Entschlüsse, die den Punkt 7 der Tagesordnung bildete. Der Verlag dagegen erklärte sich von Anfang an bereit, den Grundsatz anzuerkennen, daß alles Nötige und Mögliche für die Erhaltung eines leistungsfähigen Sortiments getan werden müsse. Verhältnismäßig einfach war dann noch die Verständigung über den ersten Satz der Entschlüsse (Punkt 7 der Tagesordnung). Das Sortiment dachte nicht daran, die Verleger zu zwingen zu wollen, die darin ausgesprochene Beurteilung eines Teils ihrer Kollegen zu unterschreiben, zumal ja der Verlegerverein stets den Standpunkt verteidigt hat, daß er sich jeglicher Einflußnahme auf die Geschäftstätigkeit seiner Mitglieder zu enthalten habe. Man einigte sich also, die Abstimmung über die beiden Sätze der Entschlüsse getrennt vorzunehmen, sodaß der Verlag die Möglichkeit erhielt, den ersten Satz abzulehnen, während er dem zweiten zuzustimmen bereit war. Wesentlich schwieriger war die Verständigung über den Antrag 8. Auch hier war der Verlag ohne weiteres bereit, den ja schon durch die Entschlüsse festgelegten Grundsatz bezüglich der Rabattfrage anzuerkennen. Bedenken aber hatte er wegen der Schaffung einer Instanz, die in dieser Hinsicht normative Bestimmungen zu treffen hätte. Das Sortiment bestand auf dieser Forderung, da es sich mit bloßen Empfehlungen und grundsätzlichen Erklärungen nicht glaubte zufriedengeben zu können. Tatsächlich wird nun auch, sobald die neue Satzungsreform durchgeführt wird, in dem mit Zweidrittelmehrheit entscheidenden Fachauschuß ohnehin eine Instanz geschaffen werden, zu deren Kompetenz auch ohne den Antrag 8 die Behandlung derartiger Wirtschaftsfragen gehören würde. Nachdem daher durch Vermittlung von Herrn Justizrat Dr. Drüder, der zu den Verhandlungen hinzugezogen wurde, eine Formulierung für den Schlusssatz des Antrages 8 gefunden wurde, die allein den Fachauschuß als die vom Sortiment gewünschte Stelle festlegte, wurde diese Lösung für den Verlag annehmbar, um so mehr, als das Sortiment zu erkennen gegeben hatte, daß es diesen Antrag nur deshalb unter allen Umständen aufrecht erhalten zu müssen glaube, damit die Frage noch gleichzeitig mit der gesamten Satzungsänderung erledigt werden könne, und daß es ja naturgemäß zu praktischen Erörterungen der Dinge überhaupt erst kommen könnte, wenn der Fachauschuß ins Leben getreten sein würde. Die Geduld der Versammlungsteilnehmer war auf eine harte Probe gestellt worden. Denn es hat sehr lange gedauert, bis diese Lösung endlich erzielt wurde. Um so erleichteter atmete aber alles schließlich auf, als damit doch nun die erstrebte Verständigung gelungen war. Weitere Ausführungen können wir uns wohl ersparen. Wir nehmen an, daß mit dieser Darstellung auch den nicht nach Leipzig gekommenen die Vorgänge verständlich geworden sind, und wir schließen mit der Hoffnung und dem Wunsch, daß die so schwer erreichte Einigung Bestand behält, den Weg für eine gedeihliche Weiterentwicklung freigemacht hat und dem Börsenverein wie dem Gesamtbuchhandel zum Heil ausschlagen möge.